

GR. Sissi POTZINGER

19.09.2007

A N F R A G E

Betr.: Fördermaßnahmen für dienstältere Mitarbeiterinnen in Kinderbetreuungseinrichtungen aufgrund der Änderungen im Tarifsysteem ab September 2007

Aufgrund der Veränderungen im Tarifsysteem für private und kirchliche Betreiber von Kinderbetreuungsstätten kommt es ab September 2007 insbesondere in eingruppigen Einrichtungen mit dienstälteren Mitarbeiterinnen zu massiven finanziellen Einbußen. Am 15.2.2007 habe ich in meinem Antrag im Gemeinderat diese Problematik thematisiert. Die Lösung dieses Problems war auch eine Bedingung der privaten Träger, den neuen Vertrag mit der Stadt Graz zu unterzeichnen.

Am 6.März 2007 wurde ihnen von Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl in Aussicht gestellt, dass sie innerhalb von drei Wochen einen Lösungsvorschlag erhalten würden - sie warten bis heute vergeblich darauf!

Bei dieser Materie geht es um ein wichtiges beschäftigungspolitisches Thema, das im Kinderbetreuungsbereich fast ausschließlich Frauen betrifft - wir können nicht akzeptieren, dass dienstältere Mitarbeiterinnen um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Wir erwarten die umgehende Einhaltung des Versprechens, mit entsprechenden Fördermaßnahmen den dringend notwendigen Fortbestand aller Betreuungseinrichtungen abzusichern!

Daher richte ich an Dich , sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

Dich dafür einzusetzen, dass durch entsprechende Fördermaßnahmen für dienstältere Mitarbeiterinnen trotz Änderungen im Tarifmodell ab September 2007 der Fortbestand privater und kirchlicher Kinderbetreuungseinrichtungen gesichert bleibt.

GR. DI Gunther LINHART

19.9.2007

A N F R A G E

Betr.: Warmwasserversorgung von 120 Wohnungen in
Starhemberg. 13-15 und Laudong. 14-16

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die im Betreff genannte Wohnungsanlage wird derzeit mit Fernwärme versorgt. Da in jüngerer Zeit Vollwärmeschutz aufgebracht und neue Fenster und Türen eingebaut wurden, sind die Heizkosten auch sehr niedrig, die Zufriedenheit der Wohnungsnutzer ist sehr hoch. Auch das Warmwasser wird mit Fernwärme erzeugt.

Laut Aussage von Wohnungsmietern besteht nun ein Projekt, das Warmwasser in dieser Wohnanlage wieder von der Fernwärmeversorgung abzuschließen und an deren Stelle ein mit Bioöl betriebenes Blockheizkraftwerk zu installieren.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e,

ob Du bereit bist, den Umweltreferenten der Landeshauptstadt Graz, Vizebürgermeister Walter Ferk, vor dem Hintergrund, dass mit einem derartigen System alle Bemühungen der Stadt Graz, eine feinstaubfreie, emissionsarme Energieversorgung ihrer Bevölkerung sicherzustellen, zunichte gemacht werden, mit der Prüfung zu beauftragen, ob dort tatsächlich ein solches Projekt geplant ist.

Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass es seitens der Stadtwerke enorme Anstrengungen gibt, Fernwärme auch im Sommer vermehrt zu nutzen, denn in dieser Zeit wird nicht genutzte Fernwärme als Abwärme ungenutzt in die Mauer geleitet. Das vorgesehene Blockheizkraftwerk müsste hingegen ganzjährig betrieben werden. Es würden damit alle Schadstoffe eines Dieselmotors - von Feinstaub bis NOx - in einem dicht besiedelten Gebiet emittiert werden.



Betr.: Maßnahmenpaket für Bereich
Straßganger Straße/Martinhofstraße

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag. Dr. Karin Sprachmann
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. September 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Siedlungsgenossenschaften Rottenmann und Neue Heimat haben im Jahr 2004 Grundstücke in der KG Webling zwischen der Straßganger Straße und der Martinhofstraße erworben. Auf das südliche Areal entlang der Plabutsch Tunneltrasse hat die Fa. Kohlbacher eine Option. Ein Bebauungsplan wurde bereits erstellt - die Bebauungsfläche der gesamten Liegenschaft beträgt 90.000 m², insgesamt sollen rund 650 Wohneinheiten errichtet werden. Unmittelbar neben dieser Liegenschaft grenzt bereits eine Siedlung zwischen der Hermann Aust Gasse und der Ankerstraße mit in etwa 250 Wohneinheiten an.

Im Jahr 2006 wurde der Bebauungsplan im Stadt-, Verkehrs-, und Grünraumausschuss zurückgestellt, zumal keine vernünftige Verkehrslösung vorlag.

In den vergangenen neun Monaten wurden weder betroffene BürgerInnen, noch die Bezirksvertretung bei der Findung einer Verkehrslösung eingebunden.

Nunmehr liegt ein wenig zielführender Bebauungs- und Verkehrsplan des Ressorts von Stadtrat Rüscher vor – und das mit einer überaus kurzen Stellungnahmefrist von 14 Tagen.

Der Bezirksrat des Bezirkes Straßgang hat am 11. September 2007 einen Antrag beschlossen, in welchem wesentliche Bedenken zu diesen Maßnahmen geäußert und weiter gehende Lösungen vorgeschlagen wurden.

Denn der vorliegende Verkehrsplan würde massive Verschlechterungen für die betroffenen AnrainerInnen bringen. So soll beispielsweise die Zufahrt zur Tiefgarage der Siedlung Hermann Aust Gasse – die Siedlung besteht seit 30 Jahren – nunmehr nur mehr aus einer Richtung möglich. Das bedeutet, dass BewohnerInnen, die aus Süden kommend in die Tiefgarage fahren wollen, zukünftig nicht mehr direkt zufahren dürften, sondern aufwändige Umwege in Kauf nehmen müssten, um eine Umkehrmöglichkeit zu finden. Auch die BewohnerInnen der Ludwig Hülgerth Gasse könnten ihre Wohnhäuser künftig nur mehr aus einer Richtung erreichen, weil laut

vorliegendem Verkehrsplan ebenfalls ein richtungsgebundenes Abbiegeverbot erlassen werden soll.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass der Verkehrsplan in dieser Form keineswegs akzeptabel ist, zumal wesentliche weiter gehende Maßnahmen überhaupt fehlen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister

die Anfrage

ob Sie bereit sind, im Rahmen Ihrer Koordinierungsfunktion auf die zuständigen Stellen einzuwirken, damit für diesen Bereich ein Gesamtpaket geschnürt wird, das den Interessen und Bedürfnissen der BewohnerInnen entgegenkommt. Notwendige Eckpunkte wären:

1. Diskussion des Verkehrsplanes vor seiner endgültigen Beschlussfassung in einer öffentlichen Veranstaltung mit den betroffenen BürgerInnen um Anregungen im Sinne einer Bürgerbeteiligung noch einfließen zu lassen
2. Verdichtung der Busfrequenzen zumindest während der Hauptverkehrszeiten und Schaffung eines Geh- und Radweges von der Straßgangerstraße zur GKB Haltestelle Webling
3. Mittelfristige Anbindung des Bebauungsgebietes sowie der Wohnsiedlungen südlich davon bis hin zum Bad Straßgang an das Grazer Straßenbahnnetz.
4. Berücksichtigung von Vorschlägen im Verkehrsplan für die zukünftige Parkraumsituation.
5. Integration von Kinderbetreuungseinrichtungen (Krabbelstuben, Kindergarten) in das Bebauungsgebiet.
6. Einrichtung von Spiel- und Treffpunktmöglichkeiten für Jugendliche und Kinder im Bebauungsgebiet in der Form, dass beim Bau Räumlichkeiten vorgesehen werden, die als Begegnungs- und Veranstaltungsraum genutzt werden können, Schaffung von entsprechenden Spiel und Sportmöglichkeiten, sowie
7. Erweiterung des angrenzenden Bezirkssportplatzes in der Salfeldstraße.

Betrifft: Murradweg/Schwimmschulkai/
Spielplatz



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Mündliche Anfrage

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. September 2007

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Beim Spielplatzein(aus)gang Schwimmschulkai Höhe Rottalgasse kommt es oft zu brenzligen Situationen mit herauslaufenden Kindern bzw. RadfahrerInnen sowie InlineskaterInnen, die auf dem Radweg sehr schnell unterwegs sind. Die Schwingtüre – von einem Kind betätigt – führte erst unlängst zum Sturz eines Radfahrers. Vielleicht könnte man den Spielplatzeingang auf eine andere Seite verlegen oder aber die Schwingtüre so zu gestalten, dass sie nicht auf den Radweg hin geöffnet werden kann. Auf jeden Fall wäre es als Sofortlösung zweckmäßig, dass im Nahbereich des Spielplatzes „flotte“ Murwegbenutzer durch Hinweisschilder auf spielende Kinder aufmerksam gemacht und um Rücksicht gebeten werden.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz die zuständigen Magistratsabteilungen anzuweisen, gemäß Motivenbericht entsprechende Maßnahmen zu setzen, um die Gefährdung der Kinder und der RadfahrerInnen zu verringern.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. September 2007

Gemeinderätin: Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Lärmbelästigung in der Eggenberger - Allee

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Anfang Mai 2007 wurden die neu errichteten Wohnungen in der Eggenberger Allee 84 bzw. 86 an die Mieterinnen und Mieter übergeben. Seit diesem Zeitpunkt mehren sich die Proteste bezüglich Lärmbelästigung, verursacht durch die Tanzbar unmittelbar gegenüber. Abgesehen von den Aktivitäten im Gastgarten, hat insbesondere die Disco bzw. der Lärm vor dem Lokal und auf der Straße dazu geführt, dass einige AnrainerInnen in der Zwischenzeit tätig geworden sind.

Obwohl die Bau- und Anlagenbehörde bestätigt hat, dass der Betrieb überprüft und vor allem die Lautstärke der Musikanlage genau untersucht wird, steht bis jetzt eine Stellungnahme nach wie vor aus. Die Geduld der AnrainerInnen wird schon längere Zeit strapaziert und sie warten auf eine Lösung.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich der berechtigten Anliegen der AnrainerInnen anzunehmen und die zuständigen Stellen des Magistrats (nicht ausschließlich die Bau- und Anlagenbehörde) zu ersuchen, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um der Lärmbelästigung etwas entgegenzusetzen zu können?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 19. September 2007

Gemeinderätin: Elisabeth Zeiler

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Gewerberechtliche Bewilligung von Gastgärten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Betrieb eines Gastgartens benötigt eine gewerberechtliche Genehmigung auf der Grundlage der österreichischen Gewerbeordnung. Dem widersprechend wurden in Graz betriebene Gastgärten offenbar keinem Genehmigungsverfahren unterzogen.

Ein und dasselbe Gesetz wird offensichtlich divergierend ausgelegt. Nicht anders ist Ihre Anfragebeantwortung vom 14. Juni 2007 zu verstehen. Sie teilen darin mit, dass das Straßenamt – eine dafür übrigens nicht zuständige Abteilung – die Rechtsauffassung vertritt, dass für den Betrieb von Gastgärten auf öffentlichem Grund eine gewerberechtliche Genehmigung nicht erforderlich sei.

Auch die für diese Materie tatsächlich zuständige Abteilung der Stadt Graz – die Bau- und Anlagenbehörde – erteilte in der Vergangenheit schriftliche Auskünfte, wonach „die Errichtung eines Gastgartens unter den Voraussetzungen des § 112 Abs. 3 GewO hinsichtlich der Emissionsart Lärm nicht genehmigungspflichtig, sondern lediglich eine Anzeige nach § 81 Abs. 3 GewO erforderlich“ sei. (A17, GZ 022094/2005 vom 29. 5. 2006).

Dem widerspricht die Praxis anderer österreichischer Verwaltungsbehörden und u.a. auch die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes in einem Erkenntnis vom 27. Juni 2007.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage:

Wie viele Gastgärten werden zum Stichtag 1. September 2007 in Graz ohne ordnungsgemäße gewerberechtliche Genehmigung betrieben und bis zu welchem Zeitpunkt beabsichtigen Sie, diesen Zustand beizubehalten?

Anfrage an den Bürgermeister
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.9.2007
von GRin Lisa Rücker

Betrifft: Sitzplätze für Graz

In der Gemeinderatssitzung vom 19.4. haben wir einen Dringlichen Antrag eingebracht, in dem einstimmig beschlossen wurde, die Möglichkeiten für ein großzügig angelegtes Projekt zur Erstellung einer kreativen Stadtmöblierung unter Einbindung von KünstlerInnen und Handwerksbetrieben zu prüfen. Noch vor der Sommerpause hätte der Gemeinderat mit den Ergebnissen konfrontiert werden sollen.

Da uns bis heute keine Informationen über den Fortschritt des Projektes zugegangen sind, stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister heute die Anfrage:

Wann können die Grazerinnen und Grazer mit der Einrichtung von attraktiven Stadtmöbeln an Plätzen und Begegnungsorten der Stadt rechnen?



*Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
A-8011 Graz, Rathaus*

*Telefon (0 31 6) 872-21 62
Telefax (0 31 6) 872-21 69
E-Mail gruene.klub@stadt.graz.at
Web <http://www.graz.gruene.at>*

Anfrage an den Bürgermeister
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.9.2007
von GRin Lisa Rücker

Betrifft: Unvereinbarkeitsbestimmungen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

- wie ist ihre Haltung als Bürgermeister zur Vereinbarkeit von politischem Mandat und leitender Funktion im Magistrat Graz?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine Vereinbarkeitsregelung zumindest als Selbstverpflichtung für politische MandatarInnen in den geplanten Ehrenkodex eingearbeitet wird?

Anfrage an den Bürgermeister

Eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.9.2007
Von GR Hermann Candussi

Betrifft: Durchsetzung des Wegerechts/Wanderwegekataster

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bereits in einer Anfrage im Juli 2003 habe ich Sie darauf aufmerksam gemacht, dass es in den Grazer Naherholungsgebieten und Wäldern durch die Errichtung von Absperrungen und Zäunen immer öfter zu Wegsperrung für SpaziergängerInnen, JoggerInnen und Naherholungssuchende kommt. Nun gibt es am Plabutsch im Bereich der Hubertushöhe wieder einen aktuellen Fall, bei dem durch die Umzäunung eines Geländes vielgebrauchte Geh- und Wanderwege einfach abgeschnitten werden. Für die NutzerInnen der Wege beginnt damit, so sie nicht von vorneherein resignieren, ein langwieriger Rechtsstreit.

Um Qualität und Zugänglichkeit des Grazer Grünraums als Erholungsgebiet zu erhalten, muss die Stadt ihr öffentliches Interesse an Wegen aktiv geltend machen.

Daher richte ich heute abermals an Sie die Anfrage,

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass

1. sämtliche im Stadtgebiet bestehenden Privatstraßen und Privatwege daraufhin überprüft werden, ob durch einen mindestens 30jährigen Allgemeingebrauch de facto ein Öffentliches Wegerecht begründet wurde und ein entsprechender Wegekataster unter Einbindung der Öffentlichkeit erstellt wird?
2. auf jenen Straßen und Wegen auf denen ein ersessenes öffentliches Recht glaubhaft gemacht werden kann, der Gemeinderat seinen Besitzwillen ausdrücklich kund tut und die Aufnahme entsprechender Besitzerwerbshandlungen genehmigt?
3. sich die Stadt Graz bemüht von den betreffenden GrundeigentümerInnen eine schriftliche Erklärung folgender Punkte zu erhalten:
 - Anerkennung des ersessenen Wegeservitut
 - Duldung der Ausübung des ersessenen Wegerechts
 - Beseitigung aktueller Beeinträchtigungen
 - Unterlassung zukünftiger Störungen
 - Einwilligung in die grundbücherliche Einverleibung

Gemeinderat
Alexander Lozinsek

Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8010 Graz

Mittwoch, 19. September 2007

Betreff: „Illegaler Hundehandel in Graz“, mündliche Anfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der ORF-Sendung Help TV wurde am 5. September 2007 über die schmutzigen Geschäfte der Hundemafia aus dem Osten berichtet. Dabei werden vorwiegend Hundewelpen illegal nach Österreich importiert und auf Parkplätzen von Supermärkten und Einkaufszentren zum Kauf angeboten. Diese niedlichen Hundebabys, die unter widrigsten Umständen gezüchtet und gehalten werden, sind sehr oft in einem schlechten gesundheitlichen Zustand und von unzähligen Parasiten befallen. Nicht selten überleben die meisten Hunde die ersten Wochen bei ihren neuen Besitzern nicht.

Es waren Tierschützer, die als erste die Welpentransporte aufgespürt und aufgedeckt haben. Diese untragbaren Zustände, welche ungemeines Tierleid hervorrufen, werden nach Ansicht vieler Tierliebhaber von den zuständigen Behörden aber auch von der Politik nicht ausreichend bis gar nicht geahndet bzw. bekämpft.

Es ist nun über gesicherte Quellen bekannt, dass auch nach Graz regelmäßig illegale Hundetransporte stattfinden und die Geschäfte im öffentlichen Raum, wie etwa im Volksgarten, aber auch auf anderen öffentlich zugänglichen Plätzen, abgewickelt werden.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Du bereit bist, mit allen Dir gebotenen Mitteln und Möglichkeiten gegen diese Form des „Geschäftemachens“ auf öffentlichen Plätzen im Grazer Stadtgebiet aufzutreten und gemeinsam mit der

**Exekutive dafür zu sorgen, dass Verstöße gegen das
Tierschutzgesetz, das Tiertransportgesetz und das
Tierseuchengesetz entsprechend geahndet werden.**

GR Martin KHULL-KHOLWALD

Anfrage

20. September 2007

Betreff:: Haltestelle Erlengrund

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Buslinie 80 führt durch die Rudersdorfer Straße. Sie wird unter anderem von zahlreichen Schulkindern benutzt, um das Zentrum Puntigam, und somit einen Anschluss über den neu geschaffenen kleinen Vorstadt(bus)bahnhof über die Linie 5 für die Weiterfahrt ins Stadtzentrum erreichen zu können. Diese zentrale Endhaltestelle wurde vor kurzem erst seiner Bestimmung umgeben. Das Warten wird dort dem Fahrgast so komfortabel wie möglich gemacht.

An vielen Haltestellen in der Rudersdorfer Straße ist das Warten dagegen alles andere als bequem. Ein fehlen des Gehsteigs an vielen Stellen und die fehlende Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkung macht den Fußweg bis zur Einsteigstelle gefährlich. Selbst das Warten in einer Straße ohne Gehsteig gestaltet sich bei nassem Wetter und schlechter Sicht in den frühen Morgenstunden für SchülerInnen zu einem Abenteuer der unangenehmen Art. Betritt man endlich die neu angelegte Endhaltestelle, so glaubt man sich in einer anderen Welt zu befinden.

Besonders eindrucksvoll muss der allmorgendliche Schulweg für Kinder sein, wenn sie an der Haltestelle Erlengrund in den Bus zum Zentrum einsteigen wollen. Dort befindet sich statt einer modernen Haltestelle eine Bank aus Holz und Beton. Diese wurde, vermutlich durch einen Unfall, total zerstört. Sie ist völlig kaputt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich gehe nicht davon aus, dass wir in den nächsten 6 Monaten die Probleme einer Strasse, die ohne Gehsteig die Funktion eines Schleichwegs für den MIV jeden Morgen erfüllen muss, in den Griff bekommen werden. Der Ersatz der kaputten Bank durch eine Bank, die nicht kaputt ist, könnte jedoch an sich schon nächste Woche passieren!

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass die oben genannte kaputte Bank so rasch als irgendwie möglich durch eine Bank ersetzt wird, die nicht kaputt ist?

Anfrage

20. September 2007

Betreff.: Fahrradgarage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am Grazer Hauptbahnhof ist der Automat für Tageskarten an der Fahrradgarage seit vielleicht zwei Wochen kaputt. Das sollte nicht unser Problem sein. Ich denke, dass er zur Zeit repariert wird.

Im Zuge der Reparaturarbeiten könnte folgendes Problem jedoch behoben werden. Für die Fahrradgarage, die im Übrigen gut angenommen wird, gibt es Tageskarten und Zeitkarten. Die Tageskarten berechtigen den Käufer, innerhalb eines Tages zum Betreten und Verlassen der Garage. Während das Fahrrad sich in der Garage befindet, wird es durch ein vom Radfahrer mitgebrachtes Schloss gesichert.

Der Käufer einer Tageskarte wird durch keinerlei Handhabe an folgendem Verhalten gehindert: Er kauft sich eine Tageskarte und betritt mit seinem Fahrrad die Garage. Dort sichert er es mit einem selbst mitgebrachten Schloss. Sodann fährt er eine Woche auf Urlaub. Nach einer Woche kauft er sich erneut eine Tageskarte, betritt die Garage und fährt mit dem Rad nach Hause.

Das oben beschriebene Verhalten wird vermutlich noch von niemandem gesetzt worden sein. Gutes Gewissen und schlechte Vorstellungskraft werden es bis heute wohl verhindert haben, dass sich ein Radfahrer die Aufbewahrung seines Rades beim Automaten erschlichen hat. Es führt uns jedoch zu folgender Beobachtung: In einem Zeitraum, der von den meisten von uns gut überblickt werden kann, sank die Zahl der von den Kunden wahrnehmbaren Mitarbeiter zu Gunsten der Zahl von Automaten am Grazer Hauptbahnhof.

Wenn man sein Fahrrad am Bahnhof zurück lässt, so vertraut man es in Graz meistens – an sich gibt es eine Besetzung der Garage zu bestimmten Zeiten – einem Automaten an. Die Erhöhung des zeitlichen Betreuungsumfangs des Kunden durch einen Mitarbeiter statt durch einen Automaten könnte in der Grazer Fahrradgarage nicht nur manches skurrile Verhalten verhindern, sondern würde insgesamt die Attraktivität dieser Einrichtung erhöhen.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass in der Grazer Fahrradgarage eine Erhöhung des zeitlichen Betreuungsumfangs des Kunden durch einen Mitarbeiter stattfinden kann?